

Guten Tag,

heute wende ich mich tief erschüttert an Sie und ich appelliere an Sie: nehmen Sie Ihr demokratisches Recht in Anspruch! Vor dem Hintergrund der skandalösen und beängstigenden Vorgänge in der Silvesternacht in Köln und Hamburg haben wir vielleicht nicht mehr viele Chancen, den Rechtsstaat und damit auch die Demokratie zu retten.

Viel zu lange schon haben wir achselzuckend hingenommen, dass die etablierten Parteien Sachverhalte schönreden, leugnen und verdrehen. Viele von denen, die das Spiel durchschaut haben, wurden zu Nichtwählern. Weil sie das Gefühl hatten: es ändert sich ja doch nichts. Gleichzeitig dachte die große Mehrheit der Bevölkerung: es wird schon gehen, es sind ja alle betroffen, also kann es nicht so schlimm kommen.

Leider erleben wir nun, dass unser Staat in einer bis vor kurzem nicht möglich gehaltenen Geschwindigkeit beschädigt wird. Waren es seit dem Beginn der 2000er Jahre die nicht enden wollenden Rechtsverstöße beim Vertrag von Maastricht, seit Jahrzehnten die hingenommenen Verstöße beim Asylrecht, so war bis vor ca. einen Jahr immer noch nicht zu befürchten, dass unser Staat als solches in Gefahr ist.

In dieser Silvesternacht der Schande wurde der Rubikon überschritten. Wie ein kaltes Soufflé fällt die ach so hübsche Scheinwelt der etablierten Parteien zusammen. Weit über 100 junge Menschen, meist Frauen, wurden sexuell missbraucht, gejagt und ausgeraubt. Und das auf offener Straße, in Großstädten! Ich mache der Polizei keinen Vorwurf – was sollte sie tun? Die Politiker der etablierten Parteien haben sie nicht nur ausgedünnt, sondern auch entmutigt. Wer befürchten muss, dass er sofort ein Disziplinarverfahren an den Hals bekommt, wenn er sich gegen einen Menschen mit Migrationshintergrund durchsetzt, lässt es über kurz oder lang bleiben. Auch das sind rechtsfreie Räume!

Bei mir werden dunkle Erinnerungen wach. Im englischen Rotherham wurde 2014 ein unglaublicher Skandal bekannt. Über Tausend Kinder wurden dort jahrelang sexuell missbraucht. Gegen die aus Pakistan stammenden Täter traute sich niemand, vorzugehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, in bin in größter Sorge um die Menschen in Deutschland. In Sorge bin ich insbesondere aus diesen Gründen:

Statt Verantwortung zu übernehmen, suchen einige Politiker in unglaublicher Borniertheit die Verantwortung auf die Besucher von Festen abzuschieben, so wie die OB von Köln, die rät, Frauen sollten niemanden an sich heranlassen. Oder der Grünen-Landeschef in MV, Jürgen Suhr, der der Polizei die Schuld gibt. In Wahrheit tragen die Politiker von CDU/CSU/SPD/Grüne/Linke Verantwortung. Denn seit Jahrzehnten sind sie im Wechsel an der Macht. Gerade die CDU, die sich vor den ideologischen Karren von SPD/Grüne/Linke spannen lässt, hat doch das

Willkommenssignal ausgesendet, das zu mehreren hunderttausend nicht kontrollierten und registrierten Zuzügen geführt hat. Keiner weiß, ob diese Straftaten von solchen Menschen begangen wurden. Aber es ist ein Fakt, dass es Ausländer waren, vermutlich aus Nordafrika/Naher Osten. Es liegt wohl auf der Hand, dass eine unbegrenzte Zuwanderung diese Gefahrenpotentiale verschärft!

In Sorge bin ich auch, weil unsere Medien über diese Fälle nur zögerlich oder gar nicht berichten. Offensichtlich passen sie ihnen nicht in den Kram. Wie hätte wohl die Berichterstattung ausgesehen, wenn die Nationalitäten vertauscht gewesen wären?

Schließlich bin ich in Sorge, dass nun bei den Wahlen das Pendel von viel zu linkslastig nach völkisch-rechtslastig umschlägt. Von solchen Vorgängen profitieren derzeit REP/ AfD / NPD. Wenn wir das zulassen, werden wir von einem Extrem ins nächste kommen.

Helfen Sie mit, dass es nicht soweit kommt. Unterstützen Sie meine Politik in ALFA – eine Politik, die die Polizei wieder stärken wird, die der inneren Sicherheit wieder den ihr zustehenden Rang gibt und die klar sagt, dass wir erst wieder Asylbewerber und Flüchtlinge aufnehmen können, wenn die Kommunen hierzu leistungsfähig sind. Das ist derzeit aber nicht der Fall. Wer hinter Panzerglas sitzt und mit Bodyguards unterwegs ist, kann leicht rufen „wir schaffen das“.

Ich fühle mit Ihnen, meine Damen und Herren, und verstehe Ihre Angst. Lassen Sie uns unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie retten. Dafür kämpfe ich!
Demokratisch kämpfen heißt: wählen gehen!

Herzlichen Dank ...